



# Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich Samstags.  
Abonnementspreis pro Quartal 80 A.  
Zu beziehen durch alle Post-Anstalten.

Nürnberg, 4. Juni 1898.

Inserats die dreigespaltene Petitzeile oder deren Raum 30 A  
Redaktion und Expedition:  
Nürnberg, Weizenstraße Nr. 12.

**Inhalt:** Die Geschäftslage der Metall- und Maschinen-Industrie. — Die soziale Lage der arbeitenden Klassen in Berlin. — Die Leistungen der Gewerkschaften und der Gewerkschaften in Deutschland. — Wahlschwindel mit der Arbeiterversicherung. — Die Revision des bayer. Vereinsgesetzes. — Aus Oesterreich. — Agitationsbericht. — Deutscher Metallarbeiter-Verband: Bekanntmachung des Vorstandes. — Korrespondenzen. — Technisches. — Vermischtes. — Literaturisches.

## Zur Beachtung.

### Zug ist fernzuhalten:

- von Formern nach **Halle a. S.** (Prinzler u. Söhne) A., nach **Höchst a. M.** (Armatoren- u. Wasserwertgesellschaft vorm. Breiter u. Co.) M., nach **Lerr** i. Ostpreußen (Bochhoff u. Ko.) D., nach **Lollar** (Main-Wefer-Hütte) M., nach **München** D., nach **Nürnberg** L., nach **Wolfenbüttel** (Brandes) M.;
- von Feilenbauern u. nach **Bielefeld** und **Schloß Holte** L., nach **Breslau**, nach **Düsseldorf** L., nach **Leipzig** St., nach **Nürnberg** L.;
- von Klempern nach **Düsseldorf** (Neumann u. Reichel, Werner u. Bardasch, Werner) L., nach **Heidelberg** (Zirkonamentfabrik von Schönenberger), nach **Leipzig** L.;
- von Bau- u. Loffern nach **Mannheim** D.;
- von Schloßern und Maschinenbauern nach **Altona** (F. M. Stahl), nach **Lambrecht** i. Pf. (Demmer), nach **Schönbeck** (Winden und Fahrradbau Ferd. Lange);
- von Schleifern nach **Löbau** (Steinhäuser) M., nach **Oelsnitz** i. Bgtl. (Britannia-Rössel-Fabrik) M., nach **Zwickau** (Regina-Fahrradfabrik von C. Wolf Söhne) D., nach **Bielefeld** (Hengstenberg) St.;
- von Fahrradarbeitern nach **Brandenburg a. S.**, nach **Harlesruhe** (Paid u. Nein) M.;
- von Metallarbeitern aller Branchen nach **Bielefeld** St., nach **Erfurt** (Schwade u. Ko.), nach **Salzungen** A.;
- von Emaillearbeitern nach **Weißenburg a. S.** (Staudinger u. Müller);
- von Fuß- und Wagenschmieden nach **Breslau** L.  
(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streitgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streik in Aussicht; L.: Lohnbewegung; A.: Aussperrung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; N.: Lohn- oder Akkord-Reduktion.)

## Die Geschäftslage der Metall- und Maschinenindustrie.

Die Geschäftslage der deutschen Eisen- und Stahlindustrie hat sich im ersten Quartal des laufenden Jahres ganz erheblich gebessert; darauf hat auch so wohl die Bewilligung der Flottenvorlage im Reichstage als der spanisch-amerikanische Krieg einigen Einfluß gehabt. In ersterer Beziehung wurde bereits Anfangs Januar vom niederrheinisch-westfälischen Eisen- und Stahlmarkt gemeldet: „In Grobblechen hat das Syndikat noch sehr mit den vor seiner Gründung gethätigten Abschlüssen, weiter aber auch mit auferstehenden Werken zu schaffen. Besonders sind es Reservoirbleche, die von einigen Feinblechwalzwerken zur Ausfüllung der Lücken im Absatz von Feinblechen gewalzt werden. Eine starke Belebung des Geschäftes erwartet man von der Annahme der Marinevorlage, die meisten Werkdirektoren beteiligen sich deshalb auch an der Flottendemonstration in Berlin am 13. Januar.“ Also die direkten Geschäftsinteressenten, die Prozentpatrioten waren die Macher des Flottenrummels, deren Patriotismus und Begeisterung in der Hochhaltung und Steigerung fetter Antidömen und Dividenden ihre goldene und klingende Anerkennung erhalten. So wird's gemacht in unserer gegenwärtigen famosen Wirtschaft- und Staatsordnung. Mitte Februar wurde gemeldet, daß in Grobblechen für Schiffsbauten Aufträge von ca. 30,000 Tonnen (1 Tonne gleich 20 Zentner) gegeben wurden und über weitere Geschäfte mit den Hamburger Schiffswerften Verhandlungen schwebten. Mitte März wurde berichtet: „Für Grobbleche wirkten die günstigen Aussichten auf An-

nahme der Marinevorlage animierend, in Kesselblechen ist durchweg gut zu thun, auch für Schiffs- und Konstruktionsmaterial konnten neue größere Ordres, wenn auch zu gedrückten Preisen, hereingenommen werden.“ Der Preis für Kesselbleche aus Schweizeisen stand Ende März so wie Ende Dezember 1897 das Maximum, nämlich auf 177,50 M. per Tonne; der Minimalpreis betrug damals 175 M.

Die Preise für eine Reihe Eisen- und Stahlorten weisen in dem ersten Quartal folgende Schwankungen auf nach den amtlichen Aufzeichnungen des kaiserl. statistischen Amtes in Berlin:

	Januar	März
	p. Tonne	p. Tonne
	M.	M.
Ruddeleisen (Breslau) . . .	59,—	58,— (Febr.)
Gießereieisen . . .	58,—	61,—
Bessemer (Dortmund) . . .	63,50	63,50
Ruddeleisen . . .	58,—	58,—
Thomas-eisen . . .	58,—	58,—
Ruddeleisen (Düsseldorf) . . .	58,50	58,50
Gießereieisen . . .	67,—	67,—
„ (Luxemburg) . . .	52,—	52,—
Schott. Gießereieisen (Berlin) . . .	71,95	71,—
Englisches . . .	61,25	59,50
Schottisches . . . (Hamburg) . . .	70,—	69,60
Middlesbro . . .	62,—	61,90
Geßm. Stabeisen (Lübeck) . . .	225,—	225,—

Es sind dies durchschnittliche Großhandelspreise, von denen im Einzelnen natürlich vielfache Abweichungen stattfinden. Betrachten wir die vorstehende Preisabelle, so zeigt sich, daß die Preise für deutsche Produkte gleichgeblieben oder gestiegen sind, während die für englische Produkte einen Rückgang erfuhr. Aus diesen gegensätzlichen Preisbewegungen darf man wohl auf eine Bevorzugung der deutschen Eisenproduktion schließen.

Nach den Notirungen der Düsseldorfer Börse wurde gerösteter Spateisenstein Ende Januar zu 15,40 bis 17 M. gegen 15,70—16,70 M. eine Woche vorher verkauft, wobei gleichzeitig die im Allgemeinen gute Beschäftigung konstatirt wurde. Spanischer Hämatit war mit 74 M. um 1 M. niedriger als Anfangs des neuen Jahres. Mitte Februar bezeichnete der offizielle Bericht der Düsseldorfer Börse die Preise für Fertigfabrikate als gedrückt gegenüber den Preisen für Rohprodukte und Halbfabrikate. Rohspat ging weiter um 30 A, gerösteter Spateisenstein um 20 A, englisches Roheisen um 1 M. zurück. Das Gasrohrsyndikat ließ Ende Januar eine erhebliche Preisermäßigung eintreten, um die amerikanische Konkurrenz auf dem deutschen Markte zu bekämpfen. Der Halbzeugverband beschloß Ende Januar unter Beibehaltung der bisherigen „Nichtpreise“ eine Erhöhung der Ausfuhrvergütung zu bewilligen für Draht, Band-eisen, Fein- und Grobbleche. Auf den Preis von 94 M. per Tonne Drahtknüppel wurde die Ausfuhrvergütung von 10 auf 12 M. erhöht. Ende März wurde aber gemeldet, daß in Amerika ein Draht-Trust gebildet wurde für eine Jahresproduktion von 1 Million Tonnen, wodurch die Preise für die Drahtfabrikate, welche in Deutschland und Belgien sowie schon über den Bedarf hinaus hergestellt worden sind, weiter gedrückt würden.

In Siegerland wurde Anfangs Januar die Produktion von Roheisen um 25 Prozent eingeschränkt, im März die Produktion von Eisenstein um 20 Prozent.

Vom oberschlesischen Eisenmarkt wurde über langsame Abwärteln der Preise in den Absatzgebieten mit scharfer Konkurrenz, wie Sachsen, Berlin und Ostpreußen berichtet und zwar von 2,50—5 M. per Tonne; gleichzeitig aber gemeldet, daß die Beschäftigung auf Grund früherer Abschlüsse fortgesetzt

auf befriedigender Höhe sei, da allerwärts dringender Bedarf vorhanden sei.

Ueber die Lage der Gießereien, Maschinenfabriken und der Kleineisenindustrie wurde berichtet, daß die Gießereien durchweg sehr gut beschäftigt sind und sodann weiter gesagt: „Nicht gut ist der Arbeitsvorrath bei den Maschinenfabriken, in denen auch sehr viel zum Export vorliegt, da England nicht liefern kann und die exakte Ausführung seitens der deutschen Werke durch das Ausland immer mehr anerkannt wird. Auch in Kesselfabriken ist die Beschäftigung gut und neue Arbeit hinzugekommen. In Brückenbauten ist das Arbeitsquantum reichlich und reicht noch für längere Zeit aus. Unter diesen Umständen erwartet man auch für Stabeisen und Feinbleche eine Belebung des Inlandsgeschäftes im Laufe des Februar, spätestens im März. In Schienen, Schwellen und Lasken für Eisenbahnen ist gut zu thun, auch die Lokalbahnen bringen viel Arbeit, ungünstiger steht es aber um Grubenschienen, deren Preise denn auch außerordentlich gedrückt sind. Lokomotiv- und Waggonfabriken haben vollauf zu thun. In der Kleineisen-Industrie sind die Werke, die Schienenbefestigungsmaterial produziren, sehr gut beschäftigt, auch in Nieten ist genügender Absatz, in geschmiedeten Nägeln und Drahtstiften aber bestehen große Vorräthe, und die Preise sind so gedrückt, daß nur die äußerste Noth ihre Annahme erklärlich macht. In Schloßern und gegossenen Schlüsseln ist das Geschäft etwas geringer geworden, die Absatzverhältnisse aber doch nicht ungünstig, der billige Preis von Feinblechen gestattet in größerem Umfange den Export. In landwirthschaftlichen Geräthen hat sich das Geschäft nicht in erhofftem Umfang belebt, besonders in Heu- und Dunggabeln stoßt der Export, der auch für Schaufeln weiter zurückgegangen ist. Rußland war hierin früher ein bedeutendes Absatzgebiet, dort existiren aber bereits leistungsfähige Fabriken, die auch in Italien entstehen und durch den Staat gefördert werden. In Ambosen, Hämmern, Grubenwerkzeugen ist der Inlandsabsatz gut, im Auslande ist scharf mit belgischer Konkurrenz zu rechnen. Der Absatz in Schneidwerkzeugen leidet unter dem starken Rückgange des Exports nach Amerika und die Schlittschuhfabrikanten haben ihren Vorrath des milden Winters wegen nicht absetzen können, auch bei den Händlern ist viel unberauft geblieben, die Aussichten sind also nicht besonders. In Kettenfabriken, deren Vereinigung nur ein Theil angehört, sind die Konventionspreise nicht immer durchzusetzen. In Baubeschlag ist der Absatz regelmäßig und die Ordres noch zunehmend. Die Velozipedfabriken klagen über den Import billiger amerikanischer Maschinen, bezw. der einzelnen Theile, die des Zolles wegen erst im Inlande zusammengeleget werden.“

Gleich günstig lauteten die Berichte das ganze Quartal hindurch. Nur die auf den Export angewiesenen Branchen klagten über unbefriedigende Geschäftslage und strebten ausreichende Exportbonifikationen an. Auch in der Werkzeugbranche wurde über ungenügenden Absatz geklagt, desgleichen seitens der Schloßfabriken.

Der im April zum Ausbruche gekommene spanisch-amerikanische Krieg warf auf dem wirtschaftlichen Gebiete schon Anfangs März und noch früher seine Schatten voraus. Insbesondere erhielten die amerikanischen Schiffsbauanstalten von der einheimischen Regierung reichliche Aufträge, in Folge dessen ihre Konkurrenz auf dem Weltmarkte zurücktrat, welcher Umstand zur Belebung des deutschen Geschäftes einiges beitrug. Dieser Einfluß machte sich nach Ausbruch des Krieges noch in verstärktem Maße geltend und führte zu mehrfachen neuerlichen Preiserhöhungen. Von besonderem Interesse ist, daß das Siegerland nach

Amerika große Mengen Spiegeleisen liefert, da die Zufuhr manganhaltiger Eisenerze aus den spanischen Gruben in Folge des Krieges ausfällt.

Indessen sind diese Wirkungen wie auch die der deutschen Flottenvermehrung auf unsere Industrie nur vorübergehender Natur und indem sie zur Erweiterung der Betriebsanlagen und Vermehrung der Produktion anspornen, werden sie dazu beitragen, die nicht ausbleibende, wenn auch hinausgeschobene Wirtschaftskrise um so furchtbarer, namentlich für die Arbeiter zu machen.

Daß im ersten Quartal trotz aller geschäftlichen Schwankungen die Industrie nicht zurückgegangen ist, zeigt auch die Statistik der deutschen Roheisenproduktion, die 1,809,525 gegen 1,659,556 Tonnen betrug, also um rund 150,000 Tonnen mehr als im ersten Quartal 1897. Auch die deutsche Ausfuhr an Produkten der Metall- und Maschinenindustrie hat eine Steigerung von 310,051 Tonnen in den ersten drei Monaten des Vorjahres auf 386,398 Tonnen erfahren, also um 76,347 Tonnen. Bekanntlich ist auch die Börse ein Barometer — wenn auch nicht immer ein richtiges — für den Stand der wirtschaftlichen wie der politischen Dinge. Eine Gegenüberstellung von 101 Aktiengesellschaften der Metall- und Maschinenindustrie zeigt nun, daß die größere Mehrzahl derselben Ende März einen theilweise viel höheren Börsenkurs ihrer Aktien zu verzeichnen hatte, als Ende Dezember 1897. Eine kleine Auslese gewährt folgende Uebersicht:

	Ende März 1897	Ende März 1898	Kurssteigerung
Sächs. Stichtmaschinenfabrik	188,80	234,80	46,—
Kapler Maschinenfabrik	90,—	123,—	33,—
Bayerische Metall-Industrie	119,90	151,75	31,85
Archimedee	158,25	188,25	30,—
Chemnitzer Maschinen-Fabrik			
Zimmermann	151,10	177,50	26,40
Egehorf, Maschinenfabrik	257,75	288,75	26,—
Boigtändische Maschinenfabrik	89,90	115,25	25,35
Sächs. Gußstahlfabrik Döhlen	251,—	274,80	23,80
Schleifische Zinkhütten	217,—	239,50	22,50
Schalker Gruben-z-Berein	277,50	296,75	19,25
Königsberger Maschinenfabrik	73,—	92,50	18,50
Zeiser Maschinenfabrik	298,90	316,25	17,35
Annener Gußstahlfabrik	146,—	163,10	17,10
Görlitzer Eisenbahnmaterial	258,—	274,75	16,75
Rottbuser Maschinenfabrik	145,—	161,80	16,80
Wittener Gußstahl	166,—	184,40	16,25
Gettiner Vulkan	175,25	189,60	14,35
Gaggenauer Eisenwerke	104,80	119,50	14,70
Pommersche Maschinenfabrik	115,—	129,—	14,—
Hedenhütte	71,—	84,25	13,25
Gelsenkirchener Guß	156,10	169,—	12,90
Märkische Maschinenfabrik	137,30	150,—	12,70
Sächsischer Webstuhlfabrik	205,—	217,50	12,50
Sudenburger Maschinenfabrik	134,75	147,25	12,50
Wiede	71,—	82,90	11,90
Sangerhäuser Maschinenfabrik	306,—	316,—	10,—

Und so weiter. Diese Kurssteigerungen sind Beweis für die flotte Beschäftigung der Unternehmungen, für die an die Aktionäre zur Auszahlung gelangenden fetten Dividenden und sie sind sodann weiter kräftige Ansporne für die Fabrik- und Werkdirektoren, die Ausbeutung der Arbeiter bis auf's Menzerliche, bis zum körperlichen Zusammenbruche zu betreiben, um immer höhere Gewinne zu erzielen und um die hohen Börsenkurse zu erhalten und sie womöglich noch höher zu schrauben. Wer das erreicht, der ist ein tüchtiger, von jedem Aktionär geschätzter Direktor, der gut bezahlt und auch noch durch fette Landdiäten für seine Profitmacherei belohnt wird. Fette Gewinne zu machen, ist der einzige Zweck der Aktiengesellschaften wie der einem Einzelnen oder auch dem Staate gehörenden Unternehmungen. Der Gewinn ist der einzige Kitt, der die kapitalistische Gesellschaft zusammenhält und darum ist von ihr derjenige am meisten angesehen, wie z. B. der Stamm oder der Krupp, der am meisten Gewinn zu machen versteht. Man nennt diese wegen auch die „Männer der Ordnung“, die armen Teufel aber die „Unstärker“.

(Schluß folgt.)

### Die soziale Lage der arbeitenden Klassen in Berlin.

u. Unter diesem Titel hat Dr. E. Hirschberg, der Direktorialassistent des statistischen Amtes der Stadt Berlin und Leiter des statistischen Amtes der Stadt Charlottenburg ein Werk\*) erscheinen lassen, das nicht bloß seines reichen zusammenfassenden und statistischen Inhalts, sondern auch seiner vorbildlichen Bedeutung wegen in Arbeiter- und speziell in Gewerkschaftskreisen die weitgehendste Beachtung verdient. Die soziale Lage der Arbeiterklasse eines Landes oder einer Weltstadt in allen ihren wesentlichsten Einzelheiten mit

statistischer Gründlichkeit in einem Gesamtbild darzustellen, ist bei dem gegenwärtigen Stande der Statistik und der Verstreutheit des bezüglichen Materials gewiß kein leichtes Unternehmen, und es gehörte dazu schon ein Berufsstatistiker, dem die Archive und statistischen Quellen in Folge seiner amtlichen Beziehungen zur Verfügung standen, wie es bei dem Verfasser zutrifft. Trotzdem bedurfte es, wie er im Vorwort mittheilt, etwa 10jähriger Materialsammlung, ehe die Arbeit verwirklicht werden konnte; seitdem flossen die statistischen Quellen reichlicher, das Interesse für soziale Mißstände der Arbeiterlage erwachte mehr und mehr und förderte manches bisher Verborgene zu Tage. So war es möglich, gleichsam ein Handbuch der Berliner Sozialstatistik zu schaffen, das nicht bloß dem Berliner und namentlich für Berliner Arbeiter von höchstem Interesse ist, sondern auch weit über die Grenzen Berlins hinaus von Allen, die sich mit der Erforschung und Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiter befassen, willkommen geheißen wird. Den Gewerkschaften insbesondere, aus deren Kreisen so viele statistische Veröffentlichungen hervorgehen, gibt das Werk wichtige Fingerzeige hinsichtlich des Aufbaues ihrer Erhebungen, und Vieles ist darin enthalten, was, wie es der Verfasser auch hofft, zu Spezialstudien anregt.

Die soziale Lage der Arbeiterklasse Berlins schildert Dr. Hirschberg in 12 übersichtlichen Abschnitten. Begleitend mit statistischen Nachweisen über die Zahl der Arbeiter und ihrer Zusammenfassung nach Beruf, Alter, Konfession, sowie der Zu- und Abwanderung, schildert er die Entwicklung Berlins zur Groß- und Industriestadt, die sich am Deutlichsten in den Resultaten der folgenden 4 Zählungen kundgibt. Es wurden ermittelt:

1816:	43 705 Arbeiter,	182 001 Einwohner
1846:	96 477 „	389 308 „
1882:	339 621 „	1 156 945 „
1895:	505 866 „	1 615 517 „

Rechnen wir die Angehörigen der Arbeiter hinzu, so ergibt sich, daß die Arbeiterbevölkerung 1882: 53,2 Proz., 1895 aber 57,2 Proz. der Einwohnerzahl umfaßte. Das Verhältnis ist noch nicht so hoch, wie in Dortmund, Barmen, Chemnitz, Aachen, Düsseldorf und Esfeld, die eine Arbeiterbevölkerung bis zu 66,4 Proz. der Einwohnerzahl aufweisen; immerhin verdeutlicht dies die industrielle Entwicklung der Reichshauptstadt. Eingehend werden die Ergebnisse der Berufszählung von 1895 hinsichtlich der einzelnen Berufe wiedergegeben, welche Zahlen für die gewerkschaftliche Propaganda von besonderem Nutzen sind. Darnach waren beschäftigt am 14. Juni 1895 in der Metall- und Maschinenindustrie:

	männl.	weibl.
Kupferschmiede	480	—
Sonstige Verarbeitung und Erzeugung von Metalllegierungen	7 227	394
Eisengießerei	2 741	23
Schwarz- und Weißblechherzeugung	68	4
Klempner, Blechwaaren	4 361	245
Fabr. von Stiften, Nägeln, Schrauben	527	61
Groß- (Huf-)Schmiede	3 466	—
Schloßerei	17 965	12
Feilenhanerei	790	200
Nadler- und Drahtgewerbe	276	28
Maschinen, Werkzeuge, Apparate	6 774	203
Schiffsbau	29	—
Schusswaffen	1 089	54
Uhrmacher	854	9
Fabrikation musikalischer Instrumente	1 481	136
Physikalische und chirurg.	3 807	59
Fabr. v. Lampen z. u. Elektrotechnik	2 934	1142
Zusammen	54 869	2570

Berechnet man, daß von diesen 57 439 Arbeitern der Metall- und Maschinenindustrie nach der 1897er Abrechnung nur 10 561 im Metallarbeiterverband organisiert waren, so ist zu ersehen, wie groß die Zahl der Nichtorganisierten ist, wie sich auch das Verhältnis der Organisierten in den einzelnen Branchen seitens der Verwaltungsbeamten leicht feststellen läßt. Interessant sind auch die Nachweise über den Umfang der gewerblichen Kinderarbeit; nach Hirschberg's Annahme werden in Berlin zu 10 000 schulpflichtige Knaben und 5000 Mädchen beschäftigt, deren Thätigkeit vorwiegend in Zeitungs- und Sammelanstrengen, Botengängen und häuslichen Diensten besteht.

Der zweite Abschnitt ist den Wohnungsverhältnissen gewidmet, wobei namentlich die Bestrebungen der Wohnungsreformer und gemeinnützigen Vereine einen breiten Raum einnehmen. Dann folgen die Krankheits- und Sterblichkeitsverhältnisse der Arbeiter, die Unfallstatistik z., die sich auf ein reichhaltiges Zahlenmaterial stützen, das Arbeiterver-

sicherungswesen, wobei namentlich die Konkurrenz der Krankenkassen untereinander auffällt und dem Leser die Ueberzeugung aufdrängt, daß eine gemeinsame Krankenversicherung, wie sie z. B. in der allgem. Ortskrankenkasse zu Leipzig in musterhaftester Weise verwirklicht ist, sowohl hinsichtlich der Leistungen und Arztfrage, als auch der Verwerthung der Statistik die beste Lösung wäre. Der folgende Abschnitt über Schulwesen zeigt, wie sehr es noch der Fürsorge bedarf, um die Noth der Kinder der Armen zu lindern.

Von besonderem Interesse ist der Abschnitt über die sozialen Einrichtungen, wie Fabrikinspektion, Gewerbegerichte, Einigungsamt, Innungen zc., wobei der Verfasser vor Allem eine organische Zusammenfassung aller dieser der sozialen Fürsorge gewidmeten Thätigkeit in einem Arbeitsamt vermißt, das von Staat und Stadt zu gleichen Theilen zu unterhalten sei. Eine wirtschaftliche Abtheilung sollte zur Führung einer brauchbaren Statistik der Betriebe und Arbeiterzahl, der Unfälle und Folgen, Erkrankungen und Sterbefälle, der Arbeitszeit, Löhne und Arbeitsvermittlung zc. veranlaßt werden, während einer anderen Abtheilung die Entscheidung der Rechtsstreitigkeiten zufiele. Auch dürfte die Thätigkeit des Arbeitsamtes nicht auf die Fabrikbetriebe beschränkt, sondern müßte auf die kleineren und hausindustriellen Betriebe ausgedehnt werden, — eine Wirksamkeit des Arbeitsamtes, die sich völlig mit der im 1884er sozialdemokratischen Arbeiterschutzgesetzentwurf vorgeschlagenen deckt.

Die nächsten Abschnitte behandeln die Arbeiterorganisationen und die jetzige Arbeiterbewegung; sie sind mit anerkannter Objektivität behandelt, nur die Märfel der Arbeiter und ihre kulturelle Bedeutung will dem nüchternen Statistiker noch nicht einleuchten. Er sieht darin nicht den Ausdruck des Dranges nach besseren Verhältnissen, sondern eine Eingebung des Uebermuthes, der Ueberhebung, ein prophanes Pochen auf die Macht, was vielleicht verständlich wäre, wenn die Arbeiter gut organisiert und mit wohlgefüllten Kassen thätig eine Machtstellung besäßen, aber in der jetzigen Abhängigkeit nicht angebracht wäre. Die Arbeiterklasse denkt anders darüber und wer die Begeisterung, mit der Tausende sich von des Tages Frohn losmachen und den Lohnverlust nicht achten, um für die von allen Sozialpolitikern als berechtigt anerkannten Forderungen zu demonstrieren, mitzunehmen vermag, bei wem der Groll, mit dem sie gegen die Entrechtungspläne reaktionärer Gewaltpolitiker protestiren, noch ein Echo findet, der wird milde urtheilen und der Arbeiterklasse den selbstgeschaffenen Feiertag nicht mißgönnen. Zu vernünftigen ist indeß eine Uebersicht über die gewerkschaftlichen Organisationen in Berlin, die sich Dr. Hirschberg leicht durch die Berliner Gewerkschaftskommission hätte verschaffen können.

Sehr erläuternd sind die nachfolgenden Ausführungen über Arbeitslosigkeit und Arbeitsvermittlung, die durch eingehende statistische Tabellen und durch besondere graphische Darstellungen belegt und veranschaulicht werden. Die Plaidoyer's für Arbeitslosenversicherung und Centralisation des Arbeitsnachweises werden zwar bei Manchem Widerspruch finden, wie sich denn auch in anderen Einzelheiten die Reformvorschlüge des in bürokratischem Gesichtskreis wirkenden Verfassers ganz anders gestalten, als in den Köpfen der um die Wahrnehmung ihrer Interessen kämpfenden Arbeiter. Gerade auf diesem Gebiete, wo alle Einrichtungen in ihrer Wirksamkeit von dem Vertrauen und der Mitarbeit der Arbeiter abhängen, darf nichts über die Köpfe der Arbeiter hinweg geschaffen werden, was diese in ihren wichtigsten Interessen schädigen könnte.

Das wichtigste Kapitel des Werkes behandelt die Arbeitslöhne, Arbeitszeit und andere Arbeitsverhältnisse, bei deren Darstellung sich der Verfasser namentlich auf die Lohnnachweisungen der Berufsgenossenschaften und auf Ermittlungen des statistischen Amtes der Stadt Berlin stützt. Die Angaben sind nach beruflichen Gruppen zusammengestellt und wir halten besonders die auf die Metallindustrie bezüglichen Tabellen für erörterungswürth. Zunächst gibt der Verfasser eine Uebersicht über die Löhne in der Berliner Feinmechanik (einschließlich einiger großer Charlottenburger Betriebe) für die Jahre 1891 bis 1893, nach dem Material der Berufsgenossenschaft bearbeitet, das 1891: 15 369, 1892: 21 356 und 1893: 22 211 männliche Arbeiter umfaßte. Darans geht ein Gleichbleiben der Löhne in den Jahren 1891/92, sowie ein Anziehen nach 1893 hervor. Auf die einzelnen Branchen vertheilt sich die Lohngruppen wie folgt: Auf je 100 Arbeiter kommen in nachstehenden Lohnklassen:

\*) Dr. E. Hirschberg: Die soziale Lage der arbeitenden Klassen in Berlin. Berlin 1897. Verlag von Otto Schömann. 311 S. Preis M. 5,50.



	1892	1893	1894	1895
D) Mitgliederzahl betrug	227 023	221 530	191 472	214 836
Mithin wurden pro Mitglied an Unterst. v. d. Gew. veranlagt	4,61	3,09	4,30	3,80

Die gesammten Mitgliederzahlen der vier Jahre zusammengerechnet sind 854 861, die Unterstützungssummen ergeben zusammen 3369 145,30 Mark.

Im Durchschnitt wurden demnach pro Mitglied 3,94 Mark an Unterstützung gezahlt, während die Gewerksvereine, wie oben festgestellt, nur 1,04 Mark pro Kopf verausgabten.

Und nun endlich noch ein Vergleich, indem wir die zwölf leistungsfähigsten Gewerkschaften vollständig außer Berechnung lassen und nur die Gewerkschaften nehmen, die keine Arbeitslosenunterstützung zahlen.

	1892	1893	1894	1895
Unterstützungsbeiträge	213 835	233 273	321 252	295 126 M.
Mitgliederzahl	186 197	174 925	144 528	161 204
Mithin pro Kopf	1,15	1,33	2,22	1,83 M.

Abdiren wir die vier Jahre, so erhalten wir: Unterstützungsbeiträge zusammen . . . 1 063 486 M. Mitgliederzahl zusammen . . . . . 666 854

Mithin im Durchschnitt pro Kopf 1,59 M. Also die Gewerkschaften, die bis 1895 noch keine Arbeitslosenunterstützung zahlten, verausgabten dennoch 50 Prozent mehr pro Mitglied an Unterstützung, als die Gewerksvereine einschließlich ihrer Arbeitslosenunterstützung.

Ungeachtet dieser Thatsache ist nur eins erstaunlich, nämlich, daß die Gewerksvereine keine höheren Klassenbestände, als von ihnen angegeben, aufzuweisen haben. Die Gründe hierfür festzustellen, wird schwer möglich sein, da Gesamtübersichten über sämtliche Ausgaben der Gewerksvereine, wie solche von der Generalkommission für die Gewerkschaften alljährlich zusammengestellt werden, von den Gewerksvereinen bisher nicht veröffentlicht wurden.

Einen Fingerzeig zur Beurtheilung des Umstandes, daß trotz der winzigen Ausgaben der Gewerksvereine für direkte Unterstützungen der Mitglieder die Klassenbestände nicht größer sind, bietet die Jahresabrechnung des Gewerksvereins der Lederarbeiter. Zum Vergleich sei die der Gewerkschaft der Lederarbeiter herangezogen. Beide Vereine hatten 1896 annähernd dieselbe Mitgliederzahl — der Gewerksverein 4820, die Gewerkschaft 4084 — wobei jedoch der Umstand in Betracht kommt, daß im Gewerksverein auch die Schuhmacher mit eingerechnet sind, während bei den Gewerkschaften dieselben eine besondere Organisation bilden, die 1896 11 926 Mitglieder zählte.

Die Einnahmen betragen beim Gewerksverein der Lederarbeiter 1896 24 235,04 Mark, die Ausgaben 25 302,07 Mark; bei der Gewerkschaft Einnahmen 44 469,13, Ausgaben 49 698,52 Mark.

An direkten Unterstützungen verausgabte der Gewerksverein für Rechtschutz 509,57 Mark, Reiseunterstützung 889,32, Umzugsgelder 903,25, Arbeitslosenunterstützung 4 629,50, für Wohlthätende 640 Mark, das sind zusammen 7 571,64 Mark; die Gewerkschaft verausgabte für Rechtschutz 212,30, Reiseunterstützung 19 019,45, Umzugsgeld 3 344,55, Arbeitslosenunterstützung 3 802, Streikunterstützung 10 622,57 — zus. 37 000,87 Mark.

An Ausgaben für Agitation und Verwaltung wurden gemacht: im Gewerksverein: Agitation 835,55, Ingerate, Druckkosten 661,65, Hauptverbands- und Ortsverbandsbeiträge 1 636,10, Betriebs- und Verwaltungskosten der Ortsvereine 3 163,40, der Hauptkasse 3 308,22, sonstige Ausgaben 473,11 Mark — zus. 10 078,03 Mark.

Zu der Gewerkschaft: Agitation 338,15 Mark, Beitrag an die Generalkommission 576, Schätter 1 650, Verwaltungsmaterial 2804,60, Zahlstellenverwaltung 1 884,46 — zusammen 7 253,21 Mark.

Sonstige Ausgaben: im Gewerksverein: Bildungszweck 599,47, Generalversammlung 1 417,20, Verbandsorgan: „Lederarbeiter“ 4 191,23, „Gewerksverein“ 952, Beitragsdeckung an Arbeitslose 492,50 Mark — zusammen 7 652,40 Mark; in der Gewerkschaft: Generalversammlung 1 924,25 Mark, Verbandsorgan 3 520,19 Mark, zusammen = 5 444,44 Mark. Es ergibt sich somit folgendes Verhältnis zur Gesamtausgabe:

	pro Gewerksverein	pro Mitglied
Unterstützungen	7 571,64 M.	= 30 1,57 M.
Agitation und Verwaltung	10 078,03 M.	= 40 2,09 M.
Verbandsorgan	5 143,23 M.	= 20 1,07 M.
Generalversammlung	1 417,20 M.	= 6 0,29 M.
Bildungszweck*) und Arbeitslosenbeiträge	1 091,97 M.	= 4 0,23 M.
Summa	25 302,07 M.	= 100 5,25 M.

	pro Gewerksverein	pro Mitglied
Unterstützungen	37 000,87 M.	= 74 9,06 M.
Agitation und Verwaltung	7 252,19 M.	= 15 1,78 M.
Verbandsorgan	3 520,19 M.	= 7 0,86 M.
Generalversammlung	1 924,25 M.	= 4 0,47 M.
Bildungszweck*) und Arbeitslosenbeiträge	—	—
Summa	49 698,22 M.	= 12,17 M.

Im Jahre 1896 waren die Ausgaben für Unterstützungen im Gewerksverein der Lederarbeiter nun nicht etwa ausnahmsweise niedrig — im Gegentheil, von 1869 bis 1889 verausgabte derselbe an Reise- und Arbeitslosenunterstützung zusammen 10 499, 1890 3 173, 1891 4 342, 1892 2 858, 1893 3 329, 1894 3 876, 1895 3 949 Mark; für Rechtschutz wurden verausgabte 1869 bis 1889 zusammen 3 229 Mark, 1890 bis 1895 inklusive durchschnittlich 338 Mark pro Jahr.

Auch das Jahr 1897 ergibt für den Gewerksverein kein wesentlich anderes Resultat wie 1896. Gesamtsumme 28 871,36 Mark (darunter Sammlung Weiskens 9 172,20 Mark), Gesamtausgabe 25 610,76 Mark, davon für Unterstützungen 8 869,16 Mark, das sind 35 Prozent; für Agitation und Verwaltung 10 079,42 Mark, das sind 40 Prozent; Verbandsorgan 5 434,75 Mark, das sind 21 Prozent; Bildungszweck, Arbeitslosenbeiträge zusammen 12 277,43 Mark = 4 Prozent.

Für 1897 liegt die Zusammenstellung der Gewerkschaften noch nicht vor, um einen Vergleich anstellen zu können.

Das Ergebnis von 1896 und 1897 für den Gewerksverein der Lederarbeiter ist also: nur ein Drittel ist für Unterstützungen verausgabte, zwei Drittel dagegen für Agitation, Verwaltung und Verbandsorgan. Ist das Verhältnis in den übrigen Gewerksvereinen dasselbe, dann erklärt dies zur Genüge, weshalb keine höheren Klassenbestände vorhanden sind.

Die Gründe für die minimalen Leistungen der Gewerksvereine lassen sich nun mit leichter Mühe feststellen, sobald man die für Auszahlung von Unterstützungen festgelegten Bestimmungen einmal etwas näher ins Auge faßt.

Beginnen wir bei der Reiseunterstützung. Die Gewerksvereine verausgabten in vier Jahren bei durchschnittlich 63 308 Mitgliedern für diesen Zweck zusammen 41 639 Mark, das macht pro Jahr und pro Mitglied 16 1/2 Pfennig. Die Gewerkschaften hatten in derselben Zeit bei durchschnittlich 213 715 Mitgliedern eine Ausgabe an Reisegeld von 1 352 300 Mark, mithin pro Jahr und pro Mitglied 1,58 Mark, d. i. nahezu zehnmal so viel, wie bei den Gewerksvereinen. Welches sind nun die Ursachen dieses gewaltigen Unterschieds?

Nach einer im September 1894 im „Gewerksverein“ veröffentlichten Tabelle der Unterstützungen gelten für Auszahlung derselben folgende Voraussetzungen: Reisegeld. Karenzzeit bei den meisten Gewerksvereinen ein Jahr, bei den Bauhandwerkern sogar zwei Jahre, bei den Tischlern ein bis drei Jahre — eine Karenzzeit von einem halben Jahre haben nur die Tabakarbeiter und Konditoren.

Reiseunterstützung wird durchweg bezahlt bis zu 750 Kilometern, bei den graphischen Berufen sogar nur bis zu 500 Kilometern, und zwar pro Kilometer 1 1/2 bis 2 — 2 1/2 — 2 2/3 Pfennig.

Bei den Gewerkschaften ist die Karenzzeit mit wenigen Ausnahmen nur eine halbjährige, die Unterstützungsbeiträge sind durchweg dieselben, dagegen ist die Dauer der Bezugsberechtigung eine weit längere, als bei den Gewerksvereinen.

Tabakarbeiter, die im Höchstfall im Gewerksverein 750 Kilometer à 2 Pfennig = 15 Mark erhalten, können in der Gewerkschaft bis zu 26 Wochen Reisegeld beziehen, gleichzurechnen mindestens 3 000 Kilometer à 2 Pfennig = 60 Mark. Die Metallarbeiter, die im Gewerksverein nach einem Bericht vom 19. Juni 1896 nach halbjähriger Mitgliedschaft für 375 Kilometer à 2 Pfennig, nach einjähriger Mitgliedschaft für 750 Kilometer à 3 Pfennig Unterstützung erhalten, im Höchstfall also 22,50 Mark, bekommen in der Gewerkschaft bis zu 30 Wochen 2 Pfennig pro Kilometer Reisegeld, das sind mindestens 70 Mark.

Die Buchdrucker zahlen 75 Pfennig und 1 Mark pro Tag und zwar 40 Wochen lang — gleich 210 bis 280 Mark.

Die graphischen Arbeiter erhalten im Gewerksverein 500 Kilometer à 2 Pfennig = 10 Mark.

\*) Bezüglich der Ausgaben für Bildungszweck sei bemerkt, daß viele Zahlstellen der Gewerkschaften Bibliotheken besitzen, ohne daß die Ausgaben dafür bei den Abschreibungen besonders tabuliert werden. Den Arbeitslosen werden in den meisten Gewerkschaften die Beiträge erlassen, als verausgabte Unterstützung werden dieselben gewöhnlich nicht angeführt.

Diese Vergleiche zeigen den gewaltigen Unterschied zwischen den Leistungen der Gewerksvereine und der Gewerkschaften bei der Reiseunterstützung.

Ueberfiedlungskosten zahlen die Gewerksvereine als Höchstbetrag 24, 25, 30, 40 und 50 Mark, aber erst nach zwei-, drei-, vier- und fünfjähriger Karenzzeit.

Die Gewerkschaften, welche diese Unterstützungsart eingeführt haben, haben selbstverständlich eine weit geringere Karenzzeit.

Arbeitslosenunterstützung. Karenzzeit bei zwei Gewerksvereinen fünf Jahre, bei den meisten zwei Jahre; bei den Gewerkschaften beginnt die Bezugsberechtigung in fünf Vereinen mit einem halben Jahre, in den übrigen mit einem Jahre und nur in einer Gewerkschaft nach 100 Wochen.

Die Gewerksvereine zahlen je nach der Höhe der Beiträge pro Woche 3, 6, 9 Mark.

Die Gewerkschaften dasselbe. — Die Dauer der Bezugsberechtigung ist in einzelnen Gewerkschaften jedoch eine bedeutend längere. — Vor Allem kommt aber in Betracht, daß, wie dies aus dem Statut des Gewerksvereins der Lederarbeiter, gültig vom 1. Juli 1896, hervorgeht, in den Gewerksvereinen in der sogenannten tohten Saison keine Unterstützung gezahlt wird.

Diese Bestimmung macht es erklärlich, weshalb die Gewerksvereine im Vergleich zu den Gewerkschaften nur sehr minimale Beträge für Arbeitslosenunterstützung verausgabten.

In den angeführten vier Jahren verausgabten die Gewerksvereine bei durchschnittlich 63 309 Mitgliedern 161 917 Mark für Arbeitslosenunterstützung, pro Mitglied und pro Jahr mithin 0,64 Mark. Die Gewerkschaften dagegen bei durchschnittlich 47 002 Mitgliedern 1 004 392 Mark, das ist pro Jahr und pro Mitglied 5,34 Mark, über achtmal so viel wie die Gewerksvereine.

Hierzu kommt noch, daß in der Ausgabe für Arbeitslosenunterstützung bei den Gewerksvereinen die Ausgaben für Streikende einbegriffen sind. Nach den Anmerkungen zu den von Herrn Dr. Max Hirsch zusammengestellten Unterstützungsübersichten sind dies allerdings sehr minimale Beträge. 1892, 1893 bis 1894 wurden im Ganzen an Streikende bezahlt 2 716 Mark, 1895 die für gewerksvereintliche Begriffe jedenfalls kolossale Summe von 3 719 Mark.

Mehr als alle theoretischen Erörterungen illustriren diese in vier Jahren gezahlten 6 435 Mark für Streikunterstützung den Werth der Gewerksvereine für die Verbefferung der Lebenshaltung der Arbeiter.

In demselben Zeitraum zahlten die Gewerkschaften aus ihren Verbandskassen für Streikende 5 248 14 Mark und für Gemahregelte 3 289 13 Mark. Würden wir die Erträge aus den allgemeinen Sammlungen für Streiks noch hinzurechnen, so würde diese Summe noch um ein Bedeutendes steigen.

„Sie“ (die Gewerksvereine, sagt Herr Dr. Max Hirsch in Nr. 10 der „Sozialen Praxis“), „meiden den Streik, so lange es irgend möglich ist, aber wenn der Streik unabwendbar ist, so führen sie ihn kraftvoll und beharrlich mit Hilfe ihrer ansehnlichen Vermögensbestände.“

„Kraftvoll und beharrlich.“ Die von ihm selbst in seiner Uebersicht angeführten Unterstützungssummen für Streikende reden eine ganz andere Sprache.

„Zum schweren Schaden der Arbeiter provozirt“ waren die meisten der Strikes der Gewerkschaften, wird nun wahrscheinlich Herr Dr. Max Hirsch behaupten.

Von den von 1890 bis 1896 „provocirten“ — wir nennen dieselben Angriffstrikes — waren 327 erfolgreich, 203 theilweise erfolgreich und nur 130 erfolglos.

Als Beweis für eine schwere Schädigung der Arbeiter wird Herr Dr. Max Hirsch diese von den Gewerkschaften gemachten zuverlässigen Angaben wohl nicht verwerten können.

Guade vor den Augen des Herrn Dr. Max Hirsch hat ja nur eine Gewerkschaft — die der Buchdrucker — gefunden, „die ihrem Wesen nach nicht zu den Gewerkschaften, sondern zu den Gewerksvereinen gehört“, wie er behauptet.

Diese Gewerkschaft hat in den letzten Jahren Kämpfe von nennenswerther Bedeutung nicht geführt und dennoch zur Durchführung der mit den Prinzipalen getroffenen Vereinbarungen an Streikunterstützung verausgabte: im Jahre 1894 3 552 Mark, 1895 17 739 Mark, 1896 60 000 Mark.

Würden die Gewerksvereine „kraftvoll und beharrlich“ wie der Buchdruckerverband die Interessen ihrer Mitglieder auf wirtschaftlichem Gebiet wahren, ihre Uebersichten würden bald andere Zahlen aufweisen. Die von ihnen so oft gepredigte „Harmonie zwischen

Kapital und Arbeit" würde bei dieser energischen Wahrung der Interessen der Arbeiter aber bald schmächtig in die Brüche gehen.

Was verhängen gegenüber den in diesem Artikel festgestellten Thatsachen alle bombastischen Phrasen, die Herr Dr. May Hirsch in seiner Festschrift zum fünfundsingzigjährigen Jubiläum der deutschen Gewerksvereine zum besten gibt, wo er unter Anderem Seite 70 sagt: „Der Gewerksverein ist in der sozialen Mechanik der Punkt des Archimedes, von welchem aus die Welt des Arbeiterlebens aus den Angeln gehoben werden kann!“

**Wahlschwindel mit der Arbeiterversicherung.**

Der Wahlkampf, den die sogenannten staatszerhaltenden Parteien führen, ist der reine demagogische Wahlschwindel, darauf berechnet, die Wählermassen für die Sonderinteressenpolitik dieser Parteien zu ködern. Selbstverständlich haben sie es auch abgesehen auf die Arbeiter, die den stärksten Prozentsatz der Reichstagswähler stellen. Während die Ordnungspolitiker sonst für die Arbeiter nur Mißachtung, Drohungen und Unterdrückungspraktiken aller Art haben, versuchen sie, sich denselben bei den Reichstagswahlen als „Arbeiterfreunde“, die gewissenhaft besorgt sind um das Wohl der Arbeiter, vorzustellen. Da wird in Zeitungsartikeln und Wahlausrufen hingewiesen auf die „Segnungen“ der Arbeiterversicherungsgesetzgebung und auf die „Lasten“, welche dieselbe den Arbeitgebern auferlegt. Man möchte die Arbeiter glauben machen, daß sie alle Ursache haben, für diese „Segnungen“ und „Opfer“ den herrschenden Klassen dankbar zu sein. Und zwar soll diese Dankbarkeit darin bestehen, daß die Arbeiter den Kandidaten der „Ordnungsparteien“ ihre Stimme geben!

Wir wollen nun einmal in kurzen Zügen diesen Humbug enthüllen.

Zunächst ist zu konstatieren, daß die Masse des Unternehmertums sich der Arbeiterversicherungsgesetzgebung, wie überhaupt jeder Gesetzgebung zum Schutze der Arbeiter, stets nach Kräften widersetzt hat. Dem „guten Willen“ ist die Inangriffnahme dieser Gesetzgebung wahrhaftig nicht zu danken. Fürst Bismarck hat im Reichstage einmal erklärt, daß die herrschenden Parteien zu ihr sich nur verstanden haben aus Furcht vor der Sozialdemokratie. Man verband mit dieser Furcht die Hoffnung, die Arbeiter beschwichtigen und der Sozialdemokratie abwendig machen zu können.

Dazu aber kam noch ein anderer, sehr wichtiger Grund. Der Kapitalismus, die moderne Produktionsweise involviert eine wahre Kauwirthschaft, gerichtet gegen die Volkskraft. Krankheit, dauerndes Siechthum, Unfall, Erwerbsunfähigkeit verhängt diese Wirthschaft, der nur der Unternehmerprofit heilig ist, über die Arbeitenden, die ihr unterworfen sind. Die Massen der im Dienste des Kapitals erwerbsunfähig gewordenen Arbeiter fielen der öffentlichen Armenpflege zur Last. Die Armenlasten stiegen von Jahr zu Jahr, so daß viele Gemeinden in industriellen Bezirken sie kaum aufzubringen vermochten.

Hauptsächlich zu dem Zwecke, die aus Betriebsunfällen sich ergebenden Armenlasten zu verringern, wurde zunächst im Jahre 1871 das Haftpflichtgesetz geschaffen, nach welchem die Inhaber von Fabriken, Bergwerken usw. dem durch einen Unfall Verletzten bezw. den Hinterbliebenen Getödteter Schadenersatz zu leisten hatten, aber nur dann, wenn der Nachweis erbracht wurde, daß der Unfall durch Verschulden der Unternehmer oder deren Vertreter herbeigeführt war.

Das war ein in jeder Hinsicht unzulängliches Gesetz. Die Verhältnisse drängten immer mehr nach einer generellen Regelung der Arbeiterversicherung überhaupt.

Im Jahre 1882, unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes, wurde in einer kaiserlichen Botschaft an den Reichstag die Inangriffnahme solch' einer Regelung verkündet, zwecks „positiver Fürsorge für die Arbeiter“ und „erfolgreicherer Bekämpfung der Sozialdemokratie“.

Als erstes Gesetz erschien das Krankenversicherungsgesetz vom 15. Juni 1883, welches den Versicherungszwang aufstellte. Zu dieser Versicherung haben die Arbeiter zwei Drittel und die Unternehmer ein Drittel der Beiträge zu zahlen. Was der erkrankte Arbeiter wesentlich aus seinen eigenen Leistungen an Unterstützung für die Dauer von dreizehn Wochen bezieht, reicht bekanntlich kaum hin, ihn vor der öffentlichen Armenpflege zu bewahren. Bei Verathung dieses Gesetzes hat die Regierung ja auch offen zugegeben, daß der eigentliche Zweck desselben der sei, die öffentliche Armenpflege zu entlasten. Dann kam das Unfallversicherungsgesetz

vom 6. Juli 1884. Für diese Versicherung müssen die Unternehmer die Mittel allein aufbringen. Das ist nicht mehr wie recht und billig. Es sind das Ausgaben, die zu den Betriebskosten zu rechnen sind. Setzt der Arbeiter im Interesse des Kapitals gezwungenermaßen Gesundheit und Leben ein, so ist nichts selbstverständlicher, als daß die Unternehmer für jeden Betriebsunfall Entschädigung leisten. Und zwar sollten sie volle Entschädigung leisten. Diese aber muthet das Gesetz ihnen nicht zu. Für Unfälle, die eine Erwerbsunfähigkeit von weniger als dreizehn Wochen zur Folge haben, müssen die Krankenkassen die Entschädigung leisten. Das sind aber fünf Sechstel sämtlicher Unfälle. Aus ihren eigenen Mitteln müssen also die Arbeiter in solch' erheblicher Höhe das zahlen, was von Rechts wegen die Unternehmer zahlen sollten.

Und wie sieht es mit der Unfallentschädigung aus? Unsere Leser wissen, daß diese Entschädigung eine völlig unzulängliche ist, und daß die Erlangung dieser Entschädigung in der Regel nur unter Ueberwindung vieler Schwierigkeiten, welche die Berufsgenossenschaften künstlich bereiten, zu erlangen ist.

In den Jahren 1890—1895 hatten bei 1 054 758 gemeldeten Unfällen die gewerblichen Berufsgenossenschaften nur für 181 007, das sind etwas über 17 Prozent, Entschädigungen zu zahlen. Im Jahre 1896 hatten die 64 gewerblichen Berufsgenossenschaften für 5 734 680 Versicherte M. 50 888 364 aufzubringen. Die Unternehmer zahlten also für jeden Versicherten M. 8,87 oder nicht ganz drei Pfennig für den Arbeitstag! Bei den landwirthschaftlichen Berufsgenossenschaften kommt gar nur ein halber Pfennig auf den Arbeitstag!

Und da jammert das Unternehmertum über die „unerträglichen Lasten“ der Unfallversicherung! Diese Lasten sind von verschwindender Geringfügigkeit gegenüber den ungeheuren Opfern, welche die Arbeiter auf dem Schlachtfeld der Arbeit im Profitinteresse des Kapitals zu bringen haben. Von 1886—1896, also in elf Jahren, wurden durch Unfall getödtet 58 750, dauernd erwerbsunfähig 306 189, vorübergehend erwerbsunfähig 151 827 Personen.

Wir meinen, diese Verluste der Arbeiterklasse an Leben und Gesundheit fallen unendlich viel schwerer in's Gewicht, als die Leistungen der Unternehmer. Und das um so mehr, als die Unternehmer stets bestrebt sind, die „Opfer“, die sie angeblich großmüthig für die Arbeiter bringen, durch stärkere Ausbeutung der Arbeitskraft wieder auszugleichen.

Das dritte der Arbeiterversicherungsgesetze, höchstönend bezeichnet als „Ordnung des Gebäudes der sozialen Reform“, die Invaliditäts- und Altersversicherung, belastet auch wieder hauptsächlich die Arbeiter selbst. Sie müssen die Hälfte der Beiträge entrichten. Seit 1891 haben sie über 280 Millionen Mark an Beiträgen bezahlt. An Renten sind innerhalb dieser Zeit aber nur etwa 117 Millionen Mark geleistet worden. Es kommen dann freilich noch die Zuschüsse in Betracht, welche das Reich zahlt: M. 50 zu jeder Rente. Aber auch dieser Reichszuschuß wird zum größten Theil von der Arbeiterklasse aufgebracht, und zwar auf der Basis des ungerechten Systems der Zölle und indirekten Steuern.

So liegt das Verhältniß auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung in Wahrheit. So steht es um die Wohlthaten, die das Reich und das Unternehmertum den „undankbaren“ Arbeitern erweist. 54 Millionen Mark Reichszuschuß für etwa 15 Millionen Arbeiter. Darüber wird ein Besen gemacht, daß der Uneingeweihte glauben sollte, das Reich erschöpfe seine finanzielle Kraft in der „Arbeiterfürsorge“. Darüber aber, daß an etwa 30 000 Schnapsbrenner 40 Millionen Mark und an 400 Zuderfabriken 27 Millionen Mark jährlich an Liebesgaben gegeben werden, und zwar hauptsächlich auch wieder auf Kosten der Arbeiterklasse, darüber regen die Ordnungspolitiker sich nicht auf!

Arbeiter, die alles das wissen, werden sich am Tage der Reichstagswahl von diesen Politikern nicht behörden lassen.

**Die Revision des bayerischen Vereinsgesetzes**

ist nun durch übereinstimmenden Beschluß der Kammer der Abgeordneten und des Reichsrathes als eine Thatsache zu betrachten. Die Revision umfaßt folgende Punkte:

- 1. Es wird gesetzlich ausgesprochen, daß Minderjährige politische Versammlungen nicht besuchen dürfen.
- 2. Volljährige Frauenspersonen dürfen es.
- 3. Von politischen Vereinen bleiben Frauen nach wie vor ausgeschlossen. Aber die Novelle bestimmt, daß das nicht Bezug hat auf solche politische Vereine, welche nur den besondern Berufs- und Standesinteressen bestimmter

Personenkreise, oder nur Zwecken der Erziehung, des Unterrichts und der Armen- und Krankenpflege dienen.

4. Das Verbot der Verbindung mit politischen Vereinen in Bayern und im Reich wird aufgehoben. Ausnahmsweise kann auch das Ministerium die Verbindung mit außerdeutschen Vereinen gestatten.

5. Die bisherige Vorschrift, daß zu den auf öffentlichen Straßen und Plätzen in Städten und Ortschaften stattfindenden Versammlungen und Aufzügen die Zustimmung der beteiligten Gemeindeverwaltung erforderlich ist, hat sich da, wo die Zusammenberufung des Magistrats, Gemeindeausschusses bezw. Gemeinderathes größeren Zeitaufwand erfordert, mitunter in eiligen Fällen als lästig erwiesen. Künftig soll es deshalb der Gemeindeverwaltung anheimstehen, den Bürgermeister zur Ertheilung der Zustimmung zu ermächtigen, und zwar allgemein oder für bestimmte Fälle, jedoch stets nur widerruflich. Aus ähnlichen Erwägungen sollen die Bezirksverwaltungsbehörden ermächtigt sein, ihre Befugnisse hinsichtlich der öffentlichen Aufzüge den Ortspolizeibehörden zu übertragen, indem sie allgemein oder für bestimmte Orte, Vereine oder Fälle die Ertheilung der vorgeschriebenen Genehmigung durch den Bürgermeister widerruflich gestatten.

6. Es wird bestimmt, daß außerordentliche Versammlungen politischer Vereine bei der Ortspolizeibehörde angemeldet werden sollen, anstatt wie bisher bei der Bezirksverwaltungsbehörde.

7. Die Milderung einer Strafbestimmung des Vereinsgesetzes. Wer ohne vorgängige polizeiliche Bewilligung auf öffentlichen Straßen oder Plätzen, in Städten oder Ortschaften eine Versammlung oder einen Aufzug veranlaßt, dazu einladet, dieselben ordnet oder leitet, soll nicht mehr wahlweise mit Gefängniß oder Geldstrafe, sondern mit letzterer allein bedroht werden.

8. Künftig soll die Bestimmung, wonach auf Wahlversammlungen nach erlassenen Wahlschreiben die Vorschriften der Artikel 2—25 des Gesetzes keine Anwendung finden, ausdrücklich auf Versammlungen der Wahlberechtigten zum Betriebe der den Reichstag betreffenden Wahlanglegenheiten (sowie für alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften) ausgedehnt werden, um keinen Zweifel bestehen zu lassen, daß Reichstagswählerversammlungen vom Standpunkte der Versammlungspolizei den Landtagswählerversammlungen gleichzuachten sind.

**Aus Oesterreich.**

Wien, 28. Mai.

Das statistische Departement des Handelsministeriums hat eine ausführliche Zusammenstellung der in Oesterreich vorhandenen Arbeitssachweise veröffentlicht, die auch die Aufmerksamkeit der ausländischen Metallarbeiter nach mehr als einer Richtung verdient. Nicht nur, daß diese amtliche Publikation den anarchischen Charakter des Arbeitsmarktes ziffermäßig erweist, daß sie die Mängel der privaten wie der offiziellen Arbeitsvermittlung hervorhebt, läßt sie zeigt auch, daß die organisirte Arbeiterkraft auf dem Gebiete der Arbeitssachweise zwar viel geleistet, aber noch unendlich mehr zu leisten hat, will sie auf die Ausgleichung von Angebot und Nachfrage einen bestimmenden Einfluß gewinnen und ihre Interessen nicht ganz dem der Unternehmer preisgeben. Die Resultate der vom Handelsministerium mit Hilfe der österreichischen Gewerkschaftskommission mit großem Fleiße gepflogenen Erhebungen sind kurz zusammengefaßt folgende: Von den 1194 Gewerkschaften, die hier in Betracht kommen, hatten nur 249 den Arbeitssachweis als Vereinszweck aktivirt. Die betreffenden Organisationen wiesen, von 16 im Berichtsjahre gegründeter abgesehen, einen Mitgliederstand von 53,703 Personen auf, während die Mitgliederanzahl sämmtlicher Gewerkschaften von der Gewerkschaftskommission mit 88,818 angegeben wurde. Die überwiegende Mehrzahl der Gewerkschaften hat ihren Sitz in den Landeshauptstädten oder größeren Städten überhaupt. Die Arbeitsvermittlung der Gewerkschaften ist fast ausnahmslos unentgeltlich, bei einigen Organisationen haben nur die Arbeitgeber eine Gebühr zu entrichten. Hinsichtlich des Umfanges der ausgeübten Arbeitsvermittlung liegen von 145 Vereinen Daten vor; 134 derselben haben 9928 Arbeitsplätze vermittelt, von welchen auf die Organisationen der Metallarbeiter allein 1839 entfallen. Nur wenige Verbände haben es so weit gebracht, daß sie eigene Beamte zur Durchführung der Arbeitssachweise anstellen können. Die Bestrebungen nach Centralisirung des Arbeitssachweises haben bisher noch wenig Erfolge aufzuweisen. Am vorgeschrittensten scheint der Verband der Metallarbeiter Oesterreichs zu sein, der in Wien ein den ganzen Tag über funktionirendes Arbeitsvermittlungsbureau für sämmtliche Zweige der Metallindustrie unterhält. Im Allgemeinen hat sich die arbeitsvermittelnde Thätigkeit der Gewerkschaften sehr gehoben; allerdings ist dieser Fortschritt in der Regel nur durch die Erhöhung der Mitgliederbeiträge erzielt worden. Dort aber, wo es gelang, die Arbeitsvermittlung mittelst erhöhter Einnahmen besser zu pflegen, haben die Gewerkschaftsmitglieder ihre Opferwilligkeit nicht zu bereuen gehabt. Die Arbeitsvermittlung war ein stark wirkendes Mittel zur Hebung der Mitgliederanzahl und trug so zur Hebung der Kraft der Organisationen wesentlich bei. Bei manchen Gewerkschaften hat sich die Arbeitsvermittlung so eingelebt, daß sie auch von den Unternehmern anerkannt wird. Es gibt Genossenschaften die den Arbeitssachweis ganz der Arbeiterorganisation überlassen haben. Vielfach jedoch ist die Stellung der Unternehmer eine gegnerische. Manche Unternehmer haben den Vortheil erkannt, den eine gewerkschaftliche Arbeitsvermittlung bietet. Sie lassen sich durch die politische und wirtschaftliche Haltung der Arbeiter nicht abhalten, die Arbeitssachweise der Arbeiterorganisationen in Anspruch zu nehmen, da sie wissen, daß die Gewerkschaften die intelligentesten und leistungsfähigsten Arbeitskräfte liefern.

Der soeben erschienene Bericht der Gewerbeinspektoren weist in der Behandlung des Stoffes unstreitig einige Fortschritte auf. Vor Allen fällt es angenehm auf, daß die notorische Leisetreterei und Schönfärberei nicht mehr geübt wird. Eine sehr erfreuliche Erscheinung, die auf die Ersetzung des Zentralgewerbeinspektors Wigerka durch Herrn Klein zurückzuführen ist. Unumwunden wird eingestanden, daß das Gewerbeinspektorat bei seiner gegenwärtigen unge-





